

## Intro

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

am heutigen Freitag meldet das Robert-Koch-Institut über 18.500 Neuinfektionen binnen 24 Stunden. Gestern waren es deutlich über 16.500 Neuinfektionen. Das sind neue Höchststände in Deutschland. Viele Gesundheitsämter sind trotz der Unterstützung zum Beispiel durch Soldatinnen und Soldaten an der Belastungsgrenze. Sie können aufgrund der stark ansteigenden Zahlen Infektionsketten nicht mehr nachverfolgen und dadurch brechen. Gleichzeitig ist auch ein Anstieg der mit Covid-19 infizierten Intensivpatienten zu verzeichnen. Dabei ist festzuhalten, dass die Patienten mit schweren Verläufen nicht unmittelbar nach der Infektion ins Krankenhaus müssen, sondern meist erst nach zehn bis 18 Tagen nach der Infektion. Es ist also damit zu rechnen, dass die Anzahl der Intensivpatienten in den nächsten Tagen weiter dramatisch ansteigen wird. Um zu verhindern, dass die intensivmedizinischen Kapazitäten überfüllt werden, dass die Krankenhäuser und das Personal überfordert werden, muss jetzt etwas passieren. Wir müssen jetzt die Kontrolle zurückgewinnen.

Die Ministerpräsidenten der Länder haben deshalb gemeinsam mit der Bundeskanzlerin einen teilweisen Lockdown des öffentlichen Lebens vereinbart. Dem Beschluss zufolge werden vom 2. bis 30. November Gastronomiebetriebe, Freizeiteinrichtungen und bestimmte Dienstleistungsbetriebe geschlossen. Sport- und Unterhaltungsveranstaltungen müssen ohne Zuschauer stattfinden. In der Öffentlichkeit dürfen sich nur noch maximal zehn Bürger aus zwei Haushalten treffen. Auf Reisen und Verwandtenbesuche sollen die Menschen verzichten.

Wichtig ist, dass die Schulen und Kindertagesstätten offen bleiben. Außerdem werden weite Teile des wirtschaftlichen Lebens weiterlaufen.

Für Gastronomie, Hotels, Kultureinrichtungen und alle betroffenen Bereiche ist die vorübergehende Schließung ein schwerer Schlag. Wir dürfen die Betroffenen nicht im Stich lassen und müssen sie massiv unterstützen. Sie tragen für uns alle eine große Last und verdienen deshalb Solidarität.

Die Kritik der letzten Tage, dass die Parlamente nicht ausreichend in die Krisensituation eingebunden seien, kann ich nicht nachvollziehen. Allein numerisch können wir im Bundestag die angesetzten Debatten zum Thema Corona auf über 70 beziffern. Der Bundestag setzt die gesetzgeberischen und haushalterischen Rahmenbedingungen in denen die Bundesregierung überhaupt erst handeln kann. Doch natürlich: Mit fort dauern der Pandemie muss auch im Bundestag und in den jeweiligen Landta-

gen eine Kontrolle der Regierungsarbeit stattfinden. Das steht außer Frage. Und dieser Aufgabe wird der Deutsche Bundestag auch nachkommen.

Herzlichst  
Ihr Patrick Schnieder

## **Infektionsschutz - Die AfD macht sich mit Antrag lächerlich**

Ein Untersuchungsausschuss ist das schärfte Schwert des Parlaments. Um einen solchen einzuberufen, sind einige Hürden zu nehmen. Deshalb gehen alle Fraktionen mit der Forderung nach einem Untersuchungsausschuss bedacht und reflektiert um. Nur der AfD gelingt das nicht... Meine Plenarrede dazu.

Link zum Video: <https://youtu.be/aFPV28kZD6I>

## **Aus dem Wahlkreis**

### **Mitarbeiter am MAN Standort in Wittlich kämpfen für die Zukunft**

Volle Auftragsbücher, profitabler Standort, motivierte und qualifizierte Mitarbeiter! Es lohnt sich, für den MAN Standort in Wittlich zu kämpfen! Vor Kurzem habe ich mir im Gespräch mit dem Betriebsrat einen Einblick verschafft. Ich helfe gerne, wo ich kann, um den Standort und die Arbeitsplätze zu erhalten.

Es freut mich, dass sich nach unserem Gespräch in Wittlich Bewegung in der Sache zeigt. MAN Vorstände waren zu Gesprächen vor Ort. Ich hoffe sehr, dass eine Lösung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Wittlich gefunden wird und der Standort erhalten bleibt.

### **Gespräche mit den Polizistinnen und Polizisten der Region**

Polizistinnen und Polizisten nehmen eine für unser Zusammenleben wichtige Aufgabe wahr. Und sie machen einen guten Job. Ihnen gebührt großer Respekt für ihre wichtige und oft schwierige Arbeit. Sie haben breite Unterstützung verdient. Vor Kurzem habe ich zusammen mit Michael Ludwig MdL die Polizeiinspektionen in Prüm und Bitburg besucht, davor war ich auch bei der Polizeiinspektion Daun. Der Austausch mit den Polizistinnen und Polizisten vor Ort ist wertvoll. Ihre Sorgen und Nöte, ihre Einschätzung, ihre Ansprüche wahrzunehmen und mitzunehmen, ist wichtig. Die Pauschalverurteilungen der Polizei und das Stellen unter einen Generalverdacht, wie sie zuletzt in der öffentlichen Diskussion zu hören waren, sind nicht nur in der Sache falsch, sie treffen die Kolleginnen und Kollegen der Polizei auch hart. Was sie brauchen, ist unsere Rückendeckung. Wir stehen an Eurer Seite!

## **Vor-Ort-Apotheken sind unverzichtbarer Bestandteil der Gesundheitsversorgung**

Die Apotheke vor Ort ist ein wichtiger Baustein in einem funktionierenden Gesundheitssystem. Was es bedeutet, wenn die nächste Notdienstapotheke erst mit einer Stunde Fahrtzeit zu erreichen ist, davon können Ihnen die Eifeler viele Geschichten erzählen. Deshalb ist es wichtig, die Apotheken, die es vor Ort gibt, auch zu erhalten. Mit dem Gesetz zur Stärkung der Vor-Ort-Apotheke wollen wir genau dieses Ziel erreichen. Ein Baustein ist, dass Versandapotheken und Vor-Ort-Apotheken verschreibungspflichtige Arzneimittel nicht mehr zu unterschiedlichen Preisen abgeben dürfen. Hier hatten vor allem die Vor-Ort-Apotheken einen erheblichen Nachteil. Versandapotheken sitzen häufig im Ausland und konnten dank einer Rechtslücke günstigere Preise anbieten als deutsche Apotheken. Dieses Problem stellen wir jetzt ab. Außerdem werden beispielsweise Botendienste der Apotheken zukünftig besser vergütet. Der Gesetzentwurf enthält auch noch weitere Anpassungen, die für die Zukunftsfähigkeit der Apotheken förderlich sind.

Ich bin erleichtert, dass es uns gelungen ist, den Apotheken in der Fläche mit diesem Gesetz den Rücken zu stärken. Gerade im ländlichen Raum, wie bei uns in der Eifel und an der Mosel, brauchen wir Apothekerinnen und Apotheker, die vor Ort bleiben. Sie sind für jeden Patienten wichtige Ansprechpartner.

## **Gesetz für mehr Kinderschutz auf den Weg gebracht**

Der Schutz von Kindern vor sexualisierter Gewalt hat höchste Priorität. Ich bin froh, dass sich die Union durchgesetzt hat und die Bundesjustizministerin endlich den Forderungen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Strafverschärfungen für sexuellen Kindesmissbrauch nachgekommen ist. Der entsprechende Gesetzentwurf hat eine wichtige Hürde genommen und ist letzte Woche im Kabinett verabschiedet worden. Vorgesehen sind neben deutlich härteren Strafen erweiterte Ermittlungsbefugnisse. Auch die Präventionsangebote müssen ausgebaut werden.

## **Kindergeld und Kinderfreibetrag steigen**

Der Bundestag hat am Donnerstag ein wichtiges Gesetz für Familien in unserem Land verabschiedet. Wir werden ab dem 1. Januar 2021 das Kindergeld erhöhen und den Kinderfreibetrag anheben. Das heißt konkret: Das Kindergeld steigt zum um 15 Euro und beträgt damit für das erste und zweite Kind jeweils 219 Euro, für das dritte Kind 225 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 250 Euro. Gleichzeitig werden die steuerlichen Kinderfreibeträge ab 2021 auf insgesamt 8.388 Euro erhöht.

# Impressum

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Patrick Schnieder MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin

[patrick.schnieder@bundestag.de](mailto:patrick.schnieder@bundestag.de)

Tel.: 030 / 227 71887